

Die Verschwörer des Great Climate Reset greifen nach unserer Rente

geschrieben von Chris Frey | 25. Juni 2021

Sitzen Verschwörer immer hinter geschlossenen Gardinen? Nein, nicht wenn sich Bürokraten gegen uns, das Volk verschwören. [Bild](#): M.E. / pixelio.de

[H. Sterling Burnett](#)

Die Biden-Regierung treibt eine Reihe von Maßnahmen in verschiedenen Behörden voran, um Unternehmen, Pensionsfondsmanager und Portfolio-Fonds zu zwingen, Klima-bezogene Risiken in ihren Offenlegungserklärungen, Aktienangeboten, Jahresberichten und anderen öffentlichen Dokumenten zu berücksichtigen und offenzulegen.

... [Hier folgt ein Gedicht aus einem bekannten amerikanischen Kinderbuch, das sich nicht gut übersetzen lässt. Es ist am Ende dieses Beitrags im Original hinzugefügt. A. d. Übers.]

Angestachelt von Klimaschützern, regierungsabhängigen Akademikern, der wachrüttelnden Aktivistengemeinde und der Presse sagt die Biden-Regierung Unternehmen, Fondsmanagern und Investoren im Wesentlichen, dass sie, die Behörden, besser als die Unternehmen, Fondseigentümer und -manager selbst wissen, welche Risiken sie bei ihrem Gewinnstreben berücksichtigen sollten. Laut Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris sollte das wichtigste Thema für Unternehmen und Fonds, das sie aus finanzieller Sicht und im Hinblick auf ihre Investoren berücksichtigen sollten, der Klimawandel sein.

Präsident Donald Trump, der einen erfolgreichen geschäftlichen Hintergrund hat, wusste um den Unsinn dessen, was Biden und Harris behaupten. ESG-Investitionen, der *Great Reset* und der *Green New Deal* sind nichts anderes als aufgewärmter Sozialismus. Geschäftsinhaber und Investoren kennen die Faktoren am besten, die den größten Einfluss auf ihren Erfolg haben. Die Trump-Administration hat versucht, politische Einmischung, politische Korrektheit, Wortklauberei und den Einfluss von Bürokraten und politischen Beauftragten mit sozialistischen oder Klimaalarmistischen Ansichten auf den Betrieb von Unternehmen und Investitionsentscheidungen zu minimieren.

Biden und Harris arbeiten aktiv daran, die Beziehung zwischen Regierung und Wirtschaft neu zu gestalten, indem sie darauf bestehen, dass die Ansichten ihrer radikalen Wählerschaft zu Umwelt, Klimawandel, Unternehmensführung und Nachhaltigkeit in jede geschäftliche Entscheidung einfließen, die Unternehmensleiter und Fondsmanager treffen.

Als ein Beispiel hierfür schreibt Jane Shaw bei *Liberty and Ecology*:

Die Biden-Regierung arbeitet daran, die Entscheidung des Trump-Arbeitsministeriums zu Fall zu bringen, die darauf bestand, dass finanzielle Redlichkeit Vorrang vor dem Engagement für antifossile („nachhaltige“) Investitionen hat.

Im Juli [2020] sagte der Sekretär des Arbeitsministeriums der Trump-Regierung, Eugene Scalia, dass Pensionspläne „keine Vehikel sind, um soziale oder politische Ziele zu fördern, die nicht im finanziellen Interesse des Plans liegen. Vielmehr sollten ERISA-Pläne [Pensionspläne, die unter dem Rentenreformgesetz von 1974 betrieben werden] mit unerschütterlichem Fokus auf ein einziges, sehr wichtiges soziales Ziel verwaltet werden: die Sicherung des Ruhestands der amerikanischen Arbeiter.“

Aber jetzt ... drängt Biden das Labor dazu, „klimabedingte finanzielle Risiken“ zu vermeiden. Seine Durchführungsverordnung über klimabedingte finanzielle Risiken, unterzeichnet am 20. Mai:

... schreibt vor, dass Arbeitsminister Marty Walsh dem Direktor des National Economic Council und dem nationalen Klimaberater des Weißen Hauses innerhalb von 180 Tagen einen Bericht vorlegt, der Maßnahmen aufzeigt, die von der Behörde ergriffen wurden, um die Ersparnisse und Renten von US-Arbeitern und Familien vor klimabedingten finanziellen Risiken zu schützen“, und verlangt dasselbe vom Federal Retirement Thrift Investment Board, das den Thrift Savings Plan für Bundesangestellte verwaltet.

Mit einem Marschbefehl von Biden und Harris in der Hand hat die US-Börsenaufsichtsbehörde (Securities and Exchange Commission SEC) eine 22-köpfige Task Force für Klima und Umwelt, Soziales und Governance (Environment, Social, and Governance ESG) gegründet, um die Ziele der Regierung für soziale Gerechtigkeit und Klimawandel durchzusetzen. Gleichzeitig hat die SEC eine Aufforderung zur Abgabe von Kommentaren für eine Vorschrift veröffentlicht, die von börsennotierten Unternehmen, Investment-Management-Firmen und Investmentfonds, die ihrer Aufsicht unterliegen, verlangt, die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken und Chancen offenzulegen, denen sie ausgesetzt sein könnten. Diese öffentliche Offenlegung würde eine gründliche Beschreibung beinhalten, wie ihre Geschäftstätigkeit, rechtliche Verfahren, Managementdiskussionen und -entscheidungen sowie die finanziellen Bedingungen durch den Klimawandel beeinflusst werden könnten und wie die Unternehmen auf die aufgedeckten potenziellen Risiken reagieren.

Das Competitive Enterprise Institute (CEI) hat als Reaktion auf den Vorschlag der SEC zur Offenlegung von Klimarisiken formale Stellungnahmen zusammengestellt und eingereicht. Mehrere Organisationen haben die Stellungnahme des CEI unterstützt und unterzeichnet, darunter das Caesar Rodney Institute, das Committee for a Constructive Tomorrow, die CO₂-Coalition, das Energy and Environment Legal Institute, FreedomWorks, The Heartland Institute, The Heritage Foundation, das

National Center for Public Policy Research, 60Plus und die Texas Public Policy Foundation. Die Stellungnahmen der Koalition stellen eine gründliche Widerlegung der Vorstellung dar, dass Unternehmen das Ausmaß und die Wahrscheinlichkeit der finanziellen Verluste, die sie aufgrund der physischen Auswirkungen des Klimawandels erleiden könnten, realistisch vorhersehen und genau berichten können.

„[0]bjektive Quantifizierung und Messung solcher Risiken ist oft unmöglich“, schreibt das CEI. „Klima-Risikoabschätzungen hängen typischerweise von zahlreichen Annahmen ab, die mit Unsicherheiten behaftet sind. Spekulative Risikoeinschätzungen sind von geringem finanziellen Wert für Investoren.“

FreedomWorks hat eine eigenständige Stellungnahme zum Vorschlag der SEC zur Offenlegung von Klimarisiken abgegeben. Zu den Fragen, die FreedomWorks aufwirft, gehört Folgendes:

Unternehmen, die ihren Investoren Informationen über den Klimawandel offenlegen wollen, haben bereits einen staatlich anerkannten Weg, dies zu tun. Darüber hinaus wird dieses freiwillige System, das von der Obama-Regierung eingeführt wurde, bereits von zahlreichen Unternehmen genutzt. Eine Verpflichtung zur Offenlegung von Informationen über den Klimawandel trägt wenig dazu bei, Investoren über Risiken und Chancen zu informieren, und wird nur zusätzliche Compliance-Kosten für Firmen bedeuten, die ansonsten keine Notwendigkeit hätten, solche Informationen zu verfolgen und offenzulegen.

Unternehmen, deren Investoren eine größere Transparenz über Emissionen und andere Umweltthemen fordern, haben eine Fülle von freiwilligen Optionen zur Offenlegung. Die Schaffung eines weitreichenden neuen Bundesmandats würde lediglich Kosten für Firmen verursachen, deren Investoren weniger an solchen Informationen interessiert sind, insbesondere für kleine Unternehmen, die weniger gut gerüstet sind, um die erhöhte regulatorische Belastung zu bewältigen.

Im Namen von The Heartland Institute und mir habe ich auch eine eigenständige Analyse verfasst und bei der SEC eingereicht. Hier sind meine Ausführungen in ihrer Gesamtheit:

Die Faktoren, die wahrscheinlich einen wesentlichen Einfluss auf den Erfolg oder Misserfolg von börsennotierten Unternehmen, Investment-Management-Firmen und Investmentfonds haben, sind am besten den leitenden Angestellten und Managern der Firmen und Fonds selbst bekannt, nicht der Securities and Exchange Commission (SEC), anderen Regulierungsbehörden, Politikern oder selbsternannten Interessenvertretern, einschließlich Klima-Aktivisten, die nicht aktiv an dem Geschäft beteiligt sind.

Die Richtung und die Auswirkungen des Klimawandels in 20, 30, 50 und 100 Jahren sind unbekannt und in der Tat ungewiss. Den Projektionen, die Klima-Computermodelle für zukünftige Bedingungen machen, kann man nicht

trauen. Sie haben die vergangenen und gegenwärtigen Temperaturen, die grundlegendste Vorhersage, durchweg zu hoch angesetzt. Die Modelle haben auch durchweg die Arten von Klimabedingungen und Wetterereignissen falsch identifiziert, die es auf der Erde bereits gegeben haben sollte, daher sollten Unternehmen und ihre Investoren alle Prophezeiungen für die Zukunft mit Vorsicht genießen.

Politische Entscheidungen werden sich zwangsläufig auf Geschäftsentscheidungen sowie Erfolg oder Misserfolg auswirken. Aber, um fair zu sein, Unternehmen und Fondsmanager können nicht wissen, in welche Richtung zukünftige politische Wahlen das Land in Klimafragen führen werden. Je weiter in die Zukunft Unternehmen und Fonds versuchen, politische Entscheidungen zu antizipieren, desto unwahrscheinlicher ist es, dass ihre Projektionen richtig sind, ähnlich wie bei wirtschaftlichen Prognosen. Richtlinien, Verordnungen und Gesetze, die von einem Kongress und einer Präsidialverwaltung eingeführt wurden, können von der nächsten zurückgenommen oder geändert werden. Unternehmen und Fonds sollten im Rahmen der aktuellen Gesetze und Verordnungen agieren und gleichzeitig so weit wie möglich vorhersehen, welche politischen Veränderungen sich am ehesten und wie auf ihr Geschäftsvermögen auswirken werden und wie sie sich positionieren, um auf Veränderungen zu reagieren. Sie sollten über solche Überlegungen transparent berichten.

Während private Gesellschaften und Unternehmen aus einer beliebigen Anzahl von nicht geschäftsbezogenen Gründen gegründet werden können, die den persönlichen Wünschen und Neigungen ihrer Eigentümer entsprechen, werden börsennotierte Unternehmen gegründet, um einen Gewinn für ihre Eigentümer zu erwirtschaften, obwohl die Manager auch andere Gründe für die Gründung einer Gesellschaft oder eines Investmentfonds in ihren Gründungserklärungen und Offenlegungen aufführen können. Als solche sollten die Manager von börsennotierten Unternehmen und Fonds bestrebt sein, die Erträge [für] ihre Investoren zu maximieren. Die Manager von Pensionsfonds für Mitarbeiter haben in der Regel die treuhänderische Verantwortung, genau das zu tun und keine Investitionsentscheidungen zu treffen, die auf nicht geschäftsbezogenen Erwägungen beruhen und mit hoher Wahrscheinlichkeit die Portfoliorenditen verringern. Die Politik der Manager eines Unternehmens oder eines Fonds sollte nicht in die Geschäfts- oder Anlageentscheidungen einfließen, es sei denn, die Manager geben in ihrer Satzung und in öffentlichen Bekanntmachungen ausdrücklich an, dass Geschäfts- und Anlageentscheidungen von einem bestimmten ideologischen Standpunkt oder einer Reihe politischer Anliegen geleitet werden.

Wenn Aufsichtsbehörden, Politiker und Aktivisten wünschen, dass ein Unternehmen oder ein Fonds die Risiken, Auswirkungen und Chancen des Klimawandels bei seinen Geschäfts- oder Investitionsentscheidungen berücksichtigt, können sie Aktien oder Anleihen des Unternehmens kaufen, wie es jeder andere Investor auch tut. Dann können sie bei jährlichen Vorstandssitzungen oder anderen regelmäßigen Veranstaltungen des

Unternehmens als Miteigentümer ihren Wunsch zum Ausdruck bringen. Sie können versuchen, die Unternehmens- oder Fondsmanager davon zu überzeugen, die Risiken des Klimawandels und die möglichen Vorteile zu berücksichtigen. Wenn das nicht gelingt, können sie klimabezogene Resolutionen einbringen und Kandidaten für den Vorstand vorschlagen, die sich mit dem Klimawandel befassen, und versuchen, eine Mehrheit der Aktienbesitzer davon zu überzeugen, diese Resolutionen, Richtlinien und Kandidatenlisten zu unterstützen. Tausende von klimabezogenen Resolutionen und Kandidaten für Vorstandspositionen, die sich auf Klimaangelegenheiten konzentrieren, wurden in den letzten Jahrzehnten angeboten. Die meisten wurden von der Mehrheit der Investoren klar abgelehnt. Dies und nicht Regulierung oder Gesetzgebung, ist der geeignete Weg, um Unternehmen und Fonds dazu zu bringen, Klimabelange ernst zu nehmen.

Wenn dies nicht der Fall ist, können über Klima- und Nachhaltigkeits-Belange besorgte Personen und Portfoliomanager ihre eigenen Unternehmen und Fonds gründen, komplett mit öffentlichen Aktienangeboten, um direkt mit den Unternehmen zu konkurrieren, von denen sie glauben, dass sie Klima-, Corporate-Governance-, Umwelt-, Aktien- oder Nachhaltigkeits-Belange nicht ernst genug nehmen. Tausende solcher grüner oder sozial bewusster Unternehmen und Fonds sind bereits gegründet worden. Dadurch kann die Öffentlichkeit ihre Sorge um die Umwelt direkt durch ihre Einkäufe und Investitionsentscheidungen zum Ausdruck bringen.

Die Rolle der SEC sollte sich dabei auf die Sicherstellung der „Wahrheit in der Werbung“ beschränken, eine polizeiliche Funktion.

Die SEC sollte nicht versuchen, einheitliche Standards dafür zu entwickeln oder durchzusetzen, was es für ein Unternehmen bedeutet, das Thema Klima oder Nachhaltigkeit ernst zu nehmen. Vielmehr sollte die SEC für jene Unternehmen und Fonds, die sich als grün, klimafreundlich oder nachhaltig bezeichnen oder sich dazu verpflichten, ihren Energieverbrauch, ihren Abfallstrom oder ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren, als Geschäftsstrategie und als Möglichkeit, Investoren anzuziehen, Transparenz verlangen. In öffentlich zugänglichen Dokumenten und Offenlegungen sollten die Unternehmen und Fonds verpflichtet werden, konkret darzulegen, welche Praktiken sie anwenden, um grün, klimafreundlich oder nachhaltig zu sein, und wie und auf welcher Zeitachse ihre Bemühungen zur Reduzierung des Energieverbrauchs, des Abfalls und der Treibhausgasemissionen zu beurteilen sind.

Über die Sicherstellung der transparenten Offenlegung vermeintlich klimafreundlicher Praktiken und Operationen hinaus sollte die SEC als Teil ihres normalen Geschäftsverlaufs und ihres öffentlichen Auftrags Unternehmen, die behaupten, klimafreundliche Maßnahmen zu ergreifen, genauso überwachen und kontrollieren wie andere Unternehmen. Die SEC sollte auf Beschwerden von Investoren reagieren, dass die Unternehmen ihre Mission nicht wie angegeben erfüllen, und in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium sicherstellen, dass die Führungskräfte, Mitarbeiter

und Investoren der Unternehmen nicht in illegale Geschäftspraktiken verwickelt sind oder diese durchführen.

Kurz gesagt, die SEC sollte keine Rolle dabei spielen, von Unternehmen zu verlangen, Klimarisiken bei ihren Geschäfts- und Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen. Wenn jedoch ein börsennotiertes Unternehmen oder ein Fonds sagt, dass der Klimawandel sein Geschäft wesentlich beeinflussen wird und es Maßnahmen ergreift, um darauf zu reagieren, behält die SEC ihr gesetzliches Mandat, um sicherzustellen, dass die Aussagen des Unternehmens zu seiner Reaktion transparent sind und seine Praktiken mit seinen öffentlichen Aussagen zu diesem Thema übereinstimmen, und dass in allen Fällen das Gesetz befolgt wird.

Unternehmen sind mit unzähligen Herausforderungen, Risiken und Chancen konfrontiert. Jedes Jahr scheitern Unternehmen, oft, aber nicht immer, weil die Eigentümer die Risiken, denen sie ausgesetzt sind, und die Auswirkungen auf ihr Geschäft falsch einschätzen. Es gibt keinerlei Beweise dafür, dass diese Unternehmen erfolgreich gewesen wären, wenn sie nur von aufmerksamen Aktivisten oder Regierungsbürokraten geführt worden wären.

Für die überwiegende Mehrheit der Unternehmen wird der Klimawandel in absehbarer Zeit, wenn überhaupt, kein bedeutender Faktor für ihre Rentabilität oder ihren weiteren Betrieb sein.

Unternehmen und Fondsmanager, die mit meiner Einschätzung nicht übereinstimmen und glauben, dass der Klimawandel oder die Reaktionen der Regierung auf die vermeintliche Bedrohung durch den Klimawandel ihr Geschäft wesentlich beeinflussen werden, steht es frei, ihre Investoren über diese Bedenken und ihre Reaktionen darauf zu informieren.

Die Regierung hat nicht die Aufgabe, jedem Unternehmensleiter, Fondsmanager und Investor in Amerika zu sagen, dass der Klimawandel für sie von Belang sein sollte, geschweige denn, dass er ein vorrangiges Anliegen ist, das ihre Geschäftstätigkeit und Offenlegungen bestimmt. Wie immer reagieren die Märkte besser auf die Bedenken und Motivationen ihrer Teilnehmer als es Politiker oder Regulierungsbehörden tun.

Quellen: [Tom Smith and His Incredible Bread Machine](#); [Competitive Enterprise Institute](#), et al.; [USSA News](#); [Liberty and Ecology](#); [Heartland Daily News](#); [Heartland Daily News](#)

Link:

<https://www.heartland.org/news-opinion/news/great-climate-reset-conspirators-are-coming-for-your-retirement-money>

Und hier das Gedicht. Es bringt den Bürokraten-Wahnsinn auf den Punkt und stammt aus [Tom Smith and His Incredible Bread Machine](#):

Let others take the chances, and I would go along

Then I would let them know where they all went wrong!

...

I avoided all of commerce, at whatever costs—
And because I never ventured, I also never lost!

...

With this unblemished record then, I quickly caught the eye
Of some influential people, 'mongst the powers on high.
And so these many years among the mighty I have sat
Having found my niche as a bureaucrat!

For to be a merchant prince has never been my goal,
For I'm qualified to play a more important role:
Since I've never failed in business, this of course assures
That I'm qualified beyond dispute to now run yours!